

EDITORIAL

WORTE UND TATEN

Die Nachhaltigkeitsberichte der grossen Unternehmen werden von Jahr zu Jahr besser. Zuweilen ist der Fortschritt sogar spektakulär. Einige Unternehmen definieren ehrgeizige Ziele und arbeiten tatkräftig daran, ihre Nachhaltigkeit zu verbessern, besonders im Hinblick auf die Klimaverträglichkeit. Steht also alles zum Besten?

Die Spreu vom Weizen trennen

Man darf sich natürlich nichts vormachen. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist zweifellos die Imagepflege. Rein kosmetische Massnahmen, rhetorische Tricks und andere Augenwischereien müssen aber entlarvt und offengelegt werden. Zudem kann auch der beste Nachhaltigkeitsbericht kein Unternehmen vor Skandalen und Streitfällen schützen. Die in dieser Ausgabe erwähnten jüngsten Konflikte um Nestlé sind ein anschauliches Beispiel dafür.

Aber wir freuen uns auch über echte Anstrengungen und Fortschritte. Den Unternehmen, die es wirklich verdienen, gratulieren wir zu ihrem Problembewusstsein.

Wertvolle Tools mit begrenzter Wirkung

Vollständige, hohen Standards entsprechende Nachhaltigkeitsberichte enthalten objektive Daten, mit denen die Unternehmen konfrontiert werden können. Auch langfristige Entwicklungen kann man damit verfolgen. Berichte mit punktuellen Massnahmen im Stil

ACTARES

Actionnariat pour une économie durable
AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften

von „ein Projekt hier – eine Kampagne dort“, in der Hoffnung, die Realität zu verschleiern, gehören mehr und mehr der Vergangenheit an.



Nachhaltigkeitsberichte bleiben jedoch fast immer auf die direkte Tätigkeit der Unternehmen beschränkt. ACTARES besteht weiterhin darauf, dass auch deren indirekten Auswirkungen in die Berichterstattung einbezogen werden. Mehr hierzu auf den nächsten Seiten. Die Verantwortung der Finanzinstitute ist dabei besonders gefragt. Die Banken werden sich dessen Schritt für Schritt bewusst, die Versicherungsgesellschaften hingegen hinken meilenweit hinterher. Es ist die Aufgabe der Aktionärinnen und Aktionäre, sie auf Trab zu bringen.

INHALT

EDITORIAL: WORTE UND TATEN	1	SEITENBLICKE: SCHEINPARTIZIPATION	8
UBS UND CREDIT SUISSE IM KOHLEGESCHÄFT	2	DIE ABSTIMMUNGEN 2012 AUF EINEN BLICK	9
ENERGIEWENDE BEI ALPIQ UND REPOWER?	3	INTERVIEW: JEAN LAVILLE	10
KLIMASCHUTZ BEI SWISS RE UND ZÜRICH INSURANCE	4	PROJEKT VON ECOS, ARPIP UND ACTARES	11
NIMMT HOLCIM SEINE VERANTWORTUNG WAHR?	5	GROSSZÜGIGE UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE STADT GENÈVE	11
ALTE UND NEUE KONFLIKTE BEI NESTLÉ	6	LESETIPP: WIE STEUEROASEN DIE DEMOKRATIE UNTERGRABEN	11
SERONO – WAR DER SCHIFFBRUCH VERMEIDBAR?	6	MITGLIEDERVERSAMMLUNG VON ACTARES	12
VERBESSERTE BERICHTERSTATTUNG VON ROCHE	7	PRAKTIKANTIN BEI ACTARES	12
DER RUF VON NOVARTIS HAT SCHADEN GENOMMEN	7		
PARAQUAT ALS ZEITBOMBE FÜR SYNGENTA?	8		

UBS UND CREDIT SUISSE IM KOHLEGESCHÄFT

Der Klimawandel war für ACTARES das Hauptthema an den Generalversammlungen von UBS und Credit Suisse. Im betrieblichen Bereich sind beide führend. Bei Investitionen und Finanzierungen ist dieses Thema jedoch praktisch inexistent.

Beide Grossbanken bemühen sich auf betrieblicher Ebene seit Jahren in vorbildlicher Weise um die Verringerung der Klimaauswirkungen. Es gibt deshalb kaum mehr Handlungsbedarf. Entsprechend hoch sind die diesbezüglichen Ratings. In geringerem Mass schaffen UBS und Credit Suisse auch klimaschonende Angebote für die Kundschaft.



Der Präsident von ACTARES an der UBS-GV

Keine Klimastrategie für das Kerngeschäft

Bei Finanzierungen, Börsengängen und weiteren Finanzgeschäften spielte die Klimawirksamkeit jedoch bisher keine Rolle. Da diese Geschäfte nicht in die CO₂-Bilanz einbezogen werden – wie z.B. beim Carbon Disclosure Project – gab es auch keinen Druck, etwas zu ändern. Sowohl UBS wie Credit Suisse sind jedoch in nicht erneuerbaren Energien stark engagiert.

Gemeinsame Studie von Credit Suisse und WWF

Unter dem Titel «Auf dem Weg zu einer CO₂-armen Wirtschaft – die Rolle der Banken» publizierten Credit Suisse und WWF im Oktober 2011 eine gemeinsame Studie. Credit Suisse erklärt im Vorwort dazu: «Massnahmen in Richtung einer CO₂-armen Wirtschaft zu fördern ist nicht nur unsere Pflicht [...], sondern liegt in unserem eigenen Geschäftsinteresse.»

Unklar bleibt dabei, wie weit das Engagement reicht. Kurz- und mittelfristig gibt es neue Geschäftsfelder, die aktiv erschlossen werden können, zum Beispiel bei Immobilien. Das ist aber ureigenste Aufgabe der Bank und keine besondere Leistung bezüglich Nachhaltigkeit. Mittel- und langfristig braucht es den Aus-

stieg aus klimaschädlichen Industrien, der jedoch schon heute geplant werden muss. Das kann sich die Studie aber nicht vorstellen oder höchstens unter dem Druck von «Reputationsrisiken», das heisst, wenn zu viele Leute der Meinung sind, solche Tätigkeiten seien gesellschaftlich schädlich.

Kohleindustrie

Kohlebergwerke und die Energieerzeugung mit Kohle gehören zu den grössten Umweltverschmutzern und CO₂-Emittenten. Im Dezember 2011 veröffentlichte die NGO Banktrack eine Studie mit dem Titel «Bankrolling Climate change» zum Engagement von über 90 Banken in der Kohleindustrie. Überprüft wurde die Zeitspanne von 2005, dem Jahr des Kyoto-Protokolls, bis 2010. Unter den 20 grössten Investoren in Kohle landen Credit Suisse und UBS auf dem 9. und 10. Platz. Das Engagement von Credit Suisse hat sich in dieser Zeit mehr als verdoppelt, jenes von UBS stieg um 50%!

Ein Votum gegen exzessive Vergütungen

Der Antrag an die UBS-Generalversammlung, das bedingte Kapital zu erhöhen, verfehlte mit nur 62 Prozent Ja-Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Diese klare Absage an den Verwaltungsrat bedarf einer Erläuterung.

Bei der bindenden Abstimmung ging es um die Ausgabe von Aktien im Rahmen von Beteiligungsplänen, insbesondere für Mitarbeitende mit Spitzenlöhnen. Das Nein der GV ist somit indirekt gegen die exzessiven Vergütungen gerichtet.

Diese rote Karte ist ein klares Signal gegen die Selbstbedienungsmentalität in der Führungsetage. Parallel dazu schwindet die Unterstützung für den Vergütungsbericht: 2011 wurde dieser noch mit 64 Prozent der Stimmen angenommen, 2012 waren es nur noch 60 Prozent.

ACTARES hatte empfohlen, gegen den Vergütungsbericht, aber für die bedingte Kapitalerhöhung zu stimmen da dieser Fall bisher von den ACTARES-Richtlinien nicht abgedeckt wird. Diese müssen folglich geändert werden.

Die Widersprüche sind offensichtlich

An den Generalversammlungen angesprochen auf diese Widersprüche zum schönen Bild, das sie selbst von sich zeichnen, haben die beiden Grossbanken keine überzeugenden Antworten. Einerseits wird auf die guten Ratings und andererseits auf den wachsenden Markt verwiesen, den man nicht einfach ignorieren könne. Man werde jedoch die Risiken ernsthaft prüfen. Gemeint ist aber nicht etwa das Klimarisiko, sondern das Risiko für das Ansehen der Bank.

Augenzeugenbericht aus China

Auf Einladung der Deutschen Organisation Urgewald weilte Calvin Quek, ein Vertreter von Greenpeace aus Beijing in Europa. ACTARES ermöglichte ihm einen Auftritt an der GV von UBS. Er schilderte mit klaren Worten und mit einem Foto die Verwüstungen, die die Kohleindustrie in China anrichtet. Nicht nur der CO₂-Ausstoss, sondern auch die extreme Luftverschmutzung und vor allem die Verfrachtung von Kohleasche über weite Landstriche zeigen die extreme Lebensfeindlichkeit dieser Industrie. UBS ist dort von allen ausländischen Banken am stärksten engagiert.

Endlich Frauenkandidaturen und anderes Lob

Hoch erfreut war ACTARES, dass UBS und Credit Suisse endlich Frauen für die Wahl in den Verwaltungsrat vorschlugen. Mit den Kandidaturen von Beatrice Weder di Mauro und Isabelle Romy bei UBS sowie Iris Bohnet bei Credit Suisse wurde der Beweis erbracht, dass fähige Frauen gefunden werden können.

Ebenfalls loben konnte ACTARES das Engagement der beiden Banken in der «Thun Group», einer Arbeitsgruppe, welche die 2011 vom UNO-Menschenrechtsrat verabschiedeten Leitsätze zu Unternehmen und Menschenrechten analysiert (UN Guiding Principles for Business and Human Rights). Ziel sind Empfehlungen für deren Umsetzung im Bankensektor.

Vergütungen wie gehabt

Die Vergütungen ans Topkader widersprechen bei beiden Banken immer noch jedem gesunden Menschenverstand; dadurch gefährden sie den gesellschaftlichen Frieden. ACTARES hat deshalb empfohlen, die Vergütungsberichte abzulehnen.

- tinyurl.com/cam7m7x (Bankrolling Climate Change)
- tinyurl.com/26h2dda (UN Guiding Principles)

ENERGIEWENDE BEI ALPIQ UND REPOWER?

Ob die Energiewende gelingt, könnte zur Schicksalsfrage werden. Es braucht Druck, auch von Frauen, welche die Energiewirtschaft nicht allein den Männern überlassen möchten.

Wegen umstrittener Pläne für neue Kohlekraftwerke in Norddeutschland und Süditalien nahm ACTARES an den Generalversammlungen der Schweizer Stromproduzenten Alpiq und Repower teil. Repower ist direkt beteiligt, Alpiq indirekt über einen 25%-Anteil an Repower. Grösster Aktionär von Repower ist mit 46% Graubünden. Öffentliche Körperschaften haben in der schweizerischen Energiewirtschaft eine starke Stellung. Repower und Alpiq sind zu rund 90% im Besitz von Gemeinden und Kantonen.

Mitbesitzende können mitreden

Diese Besitzverhältnisse eröffnen Chancen der Einflussnahme, sowohl auf politischer wie auf Aktionärssebene. Im Kanton Graubünden werden die Kohlekraftwerkpläne im Parlament und mittels einer Volksinitiative bekämpft. Die Argumente sind sehr plausibel: Als Stromunternehmen aus dem Touris-

muskanton, der sich seiner guten Luft rühmt, sollte Repower den Nachbarländern nicht Kraftwerke zumuten, deren Klimabelastung etwa 40% des gesamtschweizerischen CO₂-Ausstosses entspräche.

Erneuerbare Energien und geteilte Verantwortung

An beiden Generalversammlungen gab die Energiewende zu reden. ACTARES forderte eine Abkehr von den fossilen zugunsten der erneuerbaren Energien. Das Umdenken fällt den Männern in den Führungsetagen der Stromkonzerne nicht leicht. So schloss das Votum von ACTARES an der Repower-GV mit den Worten: «Meine Herren, die ganze Schweiz schaut auf Sie!» Rein männliche Verwaltungsräte sind für Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind, ein unhaltbarer Zustand.

- tinyurl.com/d6qz7nh (Initiativtext)

KLIMASCHUTZ BEI SWISS RE UND ZURICH INSURANCE

Die Ziele der Klimapolitik sind bei Swiss Re und Zurich weitgehend anerkannt. Für die Umsetzung wäre jedoch auf den Chefetagen mehr Einsicht in die Dringlichkeit des Problems und ins Potential einer «Grünen Wirtschaft» erforderlich.

Die Staatenwelt hat sich darauf geeinigt, dass die Durchschnittstemperatur auf der Erde höchstens um zwei Grad ansteigen darf, weil sonst lebensbedrohende Klima- und Umweltveränderungen drohen. Bis 2050 muss deshalb der Ausstoss von Treibhausgasen um mindestens 80 % verringert werden. Versicherungen sind von extremen Wetterereignissen besonders betroffen. Welchen Beitrag können sie zum Klimaschutz leisten? Besteht die erforderliche Handlungsbereitschaft, auch wenn es sich für den Quartalsabschluss nicht auszahlt?



Weg vom Atomstrom – aber nicht irgendwie

CO₂-Ausstosses verringert, aber ...

ACTARES versuchte bei Swiss Re und Zurich den Handlungsspielraum auszuloten, durch Recherchen, Briefwechsel, Fragen anlässlich der Generalversammlungen und im Fall der Zurich auch in einem Gespräch. Wie schon früher festgestellt, besteht im betrieblichen Bereich durchaus Handlungsbereitschaft. Energiesparmassnahmen und Effizienzverbesserung vermögen den CO₂-Ausstoss zu senken. Beim Carbon Disclosure Project, der weltweiten Erhebung zum CO₂-Ausstoss grosser Konzerne, gehört Swiss Re zu den Besten. Zurich beteiligte sich auch, die Antworten sind aber nicht öffentlich. Nicht erfasst werden dabei jedoch die Klimaauswirkungen von Investitionsentscheiden. Was nützt es, wenn die Bürogebäude Minergie-Standards genügen, die Anlagegelder aber z. B. in die Kohlewirtschaft fliessen?

... eine umfassende Sicht fehlt

Die «Grüne Wirtschaft» ist bei den Versicherern noch kaum angekommen. Sie kümmern sich um die Chancen und Risiken der Klimapolitik, die Prävention und Minderung klimabedingter Schäden und es gibt durchaus auch Versicherungs- und Beratungsangebote, welche den neuen Risiken angepasst sind. Für eine massive Verminderung von Treibhausgasen braucht es aber eine Klimapolitik, welche alle Geschäftsfelder umfasst. Das kann nur gelingen, wenn die oberste Führung die Dringlichkeit des Problems erkennt und die Verantwortung dafür übernimmt. Wären Frauen eher dazu bereit? Bisher konnten sie den Tatbeweis nicht erbringen, da bei den Wahlen in den Verwaltungsrat praktisch nur Männer vorgeschlagen werden. Bei Zurich liegt der Frauenanteil jetzt bei 2 von 11 (+1). Bei Swiss Re stagniert er bei 1 von 11. Man(n) versprach immerhin Besserung im Hinblick auf die nächsten Wahlen.

■ www.cdproject.net

Geld anlegen – eine vielschichtige Aufgabe

Die Mitglieder von ACTARES wissen, dass Geld anlegen nicht unverfänglich ist. Wer eine Tätigkeit finanziert, übernimmt dafür eine Teilverantwortung. Dies gilt auch für die Versicherungen und ihre Anlagen, wo Nachhaltigkeit und Klimawirksamkeit einen hohen Stellenwert einnehmen sollten. Das englische Wort «sustainability» erfasst diesen Ansatz sehr treffend: handeln, um unsere Zukunft zu sichern. Parallel dazu gewinnt auch das gezielte Investieren oder Impact Investment zunehmend an Bedeutung, besonders bei den erneuerbaren Energien und den grünen Technologien. Als Musterbeispiel gilt der Mikrokredit. Er hat ein soziales Ziel vor Augen: Fortschritt zu ermöglichen, der ohne ihn nicht stattfinden könnte. Der Mikrokredit hat die Bekämpfung der Armut zum Ziel, er garantiert jedoch nicht, dass die finanzierten Tätigkeiten auch umweltverträglich sind. Fazit: Impact Investment ja, aber nicht ohne Nachhaltigkeit!

NIMMT HOLCIM SEINE VERANTWORTUNG WAHR?

An der Generalversammlung von Holcim fragte ACTARES, wie Holcim einen seit mehreren Jahren dauernden Konflikt in Guatemala zu lösen gedenke. Gegen den erklärten Willen der Bevölkerung wird ein Projekt für einen Steinbruch und eine Zementfabrik vorangetrieben. Wer sich dagegen wehrt, wird bedroht und schikaniert.

Holcim ist mit 20% am Projekt für eine Zementfabrik und einen Steinbruch in der guatemaltekischen Gemeinde San Juan Sacatepéquez beteiligt. Die andere 80% hält Cementos Progreso, eine Firma im Besitz einer einflussreichen guatemaltekischen Familie. Entgegen der heute international anerkannten Best Practice wurde die ansässige Bevölkerung nie um ihre Meinung gefragt. Sie steht dem Projekt mehrheitlich ablehnend gegenüber, da ihr Einkommen hauptsächlich auf der Produktion von Blumen, Früchten und Gemüse beruht.

Gewalt und Drohungen

Die sich friedlich wehrende Bevölkerung erntete Gewalt und Drohungen von maskierten Gruppen, staatlichen Instanzen und durch Angestellte von Cementos Progreso. Führende Leute wurden umgebracht oder unter fadenscheinigen Gründen inhaftiert. Um eine Zufahrtsstrasse zum Projekt zu erstellen, wurde der Ausnahmezustand erklärt und der Bau mit einem Grossaufgebot von Militär und Polizei durchgesetzt. Staatlichen Schutz kann die Bevölkerung nicht erwarten. Holcim trägt deshalb eine erhöhte Verantwortung für die Sicherheit der betroffenen Bevölkerung.

Was unternimmt Holcim?

Brieflich fragte ACTARES, was Holcim zur Lösung des Konfliktes unternommen habe. Eine erste Antwort war sehr unverbindlich. Erst auf Nachfrage gab es genauere Informationen. Holcim habe aufgrund der «nur» 20%igen Beteiligung wenig Einfluss. In der Planungsphase habe die Holcim-Vertretung im Verwaltungsrat von Cementos Progreso versucht Einfluss zu nehmen. Heute stehe die lokale Bevölkerung mehrheitlich hinter dem Projekt.

An der Generalversammlung von Holcim bezweifelte ACTARES, dass Holcim, als mächtiger, weltweit verankerter Konzern, so wenig Einfluss habe, und stellte die Frage, wie nach Jahren mit Gewalt und Drohungen eine Zustimmung der Bevölkerung zustande gekommen sein soll. Holcim antwortete, sie wüssten das auch nicht, ein endgültiger Entscheid sei in dieser Sache aber noch nicht gefallen. ACTARES wird ein Ge-



Die lokale Bevölkerung muss hilflos zuschauen

spräch verlangen, um noch genauere Informationen zu erhalten.

- www.mutiwatch.ch/de/p97000695.html
- tinyurl.com/cwqvej8 (Peace Brigades International)

Situation in Guatemala

Vom jahrzehntelangen Bürgerkrieg, der 1996 endete, war vor allem die indigene Bevölkerung betroffen. Unter dem Vorwand der Kommunismusbekämpfung wurden Hunderte von Dörfern zerstört, mehr als 200'000 Menschen massakriert und eine Million vertrieben.

Nach dem Ende des Krieges kehrten noch lange keine geordneten Verhältnisse ein. Nur unter internationalem Schutz getrauten sich die Vertriebenen wieder in ihre Dörfer zurück. Die Gewalt dauerte weiter an, eine verlässliche Justiz gab es nicht. Eine begrenzte Zahl von Familien beherrschte weiterhin Wirtschaft und Politik, Militär, Polizei und Justiz.

Bis heute hat sich nicht viel daran geändert. In neuester Zeit nahm die Gewalt wieder zu. Die Drogenmafia und andere bewaffnete Gruppen machen das Land unsicher. Auf diesem Hintergrund müssen heutige Konflikte in Guatemala gesehen werden. Die mehrheitlich indigene Bevölkerung hat kaum Vertrauen in die Organe des Staates, die eng mit den herrschenden Familien des Landes verflochten sind.

ALTE UND NEUE KONFLIKTE BEI NESTLÉ

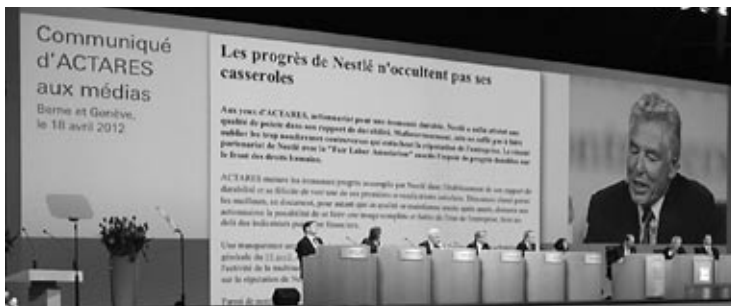
Die Konflikte bei Nestlé nahmen in den letzten zwölf Monaten zu. ACTARES verlangte an der Generalversammlung 2012 eine Stellungnahme und erhielt eine unwirsche Antwort von Peter Brabeck.

Die Liste mit Nestlé-Problemen ist lang: Die Universität Lausanne veröffentlichte im Mai 2011 Unvorteilhaftes über die Umwelt- und Sozialperformance von Nestlé. Dazu kamen mehrere Rechtsklagen, Dokumentationen von Solidar Suisse und der Erklärung von Bern zum Kaffeeanbau in Mexiko und Kolumbien, der Film «Bottled Life», chronische Probleme mit Gewerkschaften, die Strafanzeige des ECCHR* im Zusammenhang mit einem ermordeten kolumbianischen Gewerkschafter und jüngst eine Klage wegen mangelnder Lebensmittelsicherheit und Mobbing.

schwer, überall geltende Gesetze einzuhalten, sei unwahr, die Häufung von Rechtsstreitigkeiten seien im hohen Personalbestand des Unternehmens begründet. Dann spielte er die Bedeutung der Fälle herunter und nahm die Kampagne «Recht ohne Grenzen» ins Visier: Die Klage des ECCHR entbehre jeder Rechtsgrundlage, sie sei lediglich ein politisches Instrument, um das Ziel der Kampagne zu erreichen.

Ein halber Punkt, eine Hoffnung auf Besserung

ACTARES begrüßte den Fortschritt bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Nestlé. Sie orientiert sich stärker an den Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI) und erkennt gewisse Probleme erstmals an. ACTARES deckte aber auch Lücken auf und bedauerte, dass der vollständige Bericht erst wenige Tage vor der GV vorlag. Brabeck, zuvor noch enthusiastisch, zeigte sich wenig erfreut: Mit einem A+ der GRI habe der Bericht immerhin die höchste Bewertung erhalten. Die GRI vergibt allerdings gar keine Bewertungen – also nur ein halber Punkt für Brabeck! ACTARES begrüßt jedoch die 2011 lancierte Zusammenarbeit zwischen Nestlé und der Fair Labour Association in Sachen Kinderarbeit in den Kakaopflanzungen und erwartet rasche Ergebnisse.



Peter Brabeck kommentiert die Stellungnahme von ACTARES

Aggressive Antwort von Peter Brabeck

Auf die Frage von ACTARES, wie er die Entwicklung der Lage sieht, konterte Peter Brabeck, ACTARES nutze die GV, um den eigenen Standpunkt zu präsentieren, ohne an der Antwort interessiert zu sein. Stellung bezog er trotzdem. Die Behauptung, Nestlé tue sich

■ www.ecchr.eu

*European Center for Constitutional and Human Rights

SERONO – WAR DER SCHIFFBRUCH VERMEIDBAR?

Am 24. April 2012 schlug die Nachricht wie eine Bombe ein: Merck-Serono schliesst den Hauptsitz in Genf. Gewiss, das Unternehmen hat Mühe, einen Nachfolger für Rebif, das erfolgreiche Medikament gegen Multiple Sklerose zu finden. Aber die Übernahme von Serono durch Merck im Jahr 2007 wurde als Überlebenschance gepriesen.

Heute fühlen sich die Aktionärinnen und Aktionäre von damals verraten, besonders die Mitglieder von ACTARES. Mercks Vorgehen empört. Der Entscheidung gingen weder eine Vorankündigung noch eine Beratung mit den Sozialpartnern voraus. Das Angebot,

einen Teil der Mitarbeitenden zu behalten, wenn sie bereit sind, nach China, den USA oder Deutschland zu ziehen, klingt arrogant. Eine solche Haltung steht einem Unternehmen nicht an, dessen Geschäft die Gesundheit ist.

Die Notwendigkeit, Forschungsabteilungen ans andere Ende der Welt zu verlegen, ist schwer einsehbar. Forschung kann so gut wie überall stattfinden, wieso nicht in Genf? ACTARES hat Merck zu einer Stellungnahme aufgefordert.

■ tinyurl.com/d9rmtph (Mitteilung vom 26.4.12)

VERBESSERTE BERICHTERSTATTUNG VON ROCHE

An der Roche-Generalversammlung konnte ACTARES die gute Nachhaltigkeits-Berichterstattung des Unternehmens lobend erwähnen. Sowohl vom Dow-Jones-Nachhaltigkeitsindex wie auch von der Öbu wurde Roche dafür prämiert.

Die inhaltliche Umsetzung und Validierung der Nachhaltigkeitsstrategie wird ACTARES genau beobachten. Auch unter schwierigen Bedingungen soll Roche weltweit dieselben Standards verlässlich einhalten, zum Beispiel bei den klinischen Studien, die an externe Unternehmen vergeben werden. Roche antwortete, dass eine korrekte Durchführung der Studien durch den weltweit hohen Ausbildungsstandard des beteiligten medizinischen Personals gewährleistet sei.

Weiterhin völlig inakzeptabel sind hingegen die Vergütungen an der Unternehmensspitze, die jedes normale Mass weit übersteigen. Zudem erhält der Präsident des Verwaltungsrates eine vom Jahreserfolg abhängige Cash-Vergütung, was nicht den Regeln einer guten Corporate Governance entspricht. ACTARES empfahl deshalb, den Entschädigungsbericht abzulehnen.

- www.sustainability-index.com
- www.oebu.ch

DER RUF VON NOVARTIS HAT SCHADEN GENOMMEN

An der Generalversammlung von Novartis begrüsst ACTARES die erzielte Einigung bezüglich der Arbeitsplätze in Nyon und Basel und stellt Fragen zur Auslagerung von klinischen Studien an externe Dienstleister.

Auch ACTARES ist erleichtert, dass bezüglich der Arbeitsplätze in Nyon und Basel eine Einigung erzielt werden konnte. Das Vorgehen von Novartis stiess jedoch auf Unverständnis.

Äusserst ungeschicktes Vorgehen

Die fast gleichzeitige Ankündigung von massiven Entlassungen und saftigen Gewinnen war eine unnötige Provokation, die dem Ruf des Unternehmens in der Schweiz geschadet hat. Die Öffentlichkeit nahm das Vorgehen als Erpressung wahr. Ein verantwortungsbewusstes Unternehmen hätte von Anfang an im Gespräch mit den Betroffenen eine Lösung gesucht.

Auslagerung von klinischen Studien

In der Pharmabranche gibt es eine Tendenz zur vermehrten Auslagerung von klinischen Studien an externe Dienstleister, sogenannte Clinical Research Organizations, CRO. ACTARES wollte von Novartis wissen, wieso dieser zentrale Bereich zunehmend ausgelagert wird, wie gross der Anteil an extern durchgeführten Studien ist, in welchen Ländern diese durchgeführt und wie weltweit höchste Standards zum Schutz der Patientinnen und Patienten gewährleistet werden.

Noch nicht alles unter Kontrolle?

Novartis antwortete, dass 70% der Studien intern durchgeführt werden. Ausgelagert werde aus Flexibilitätsgründen oder weil es spezielles Wissen brauche, das intern nicht vorhanden sei. Die Verlagerung von Studien in andere Länder erfolge auch deshalb, weil dort der Markt für diese Medikamente sei.

Andererseits sei geplant, die Outsourcing-Aktivitäten zu konsolidieren und mit ausgewählten strategischen Partnern zu kooperieren. Dies heisst nichts anderes, als dass im Moment die Vielfalt der Partner den Überblick erschwert und die Einhaltung höchster Standards nicht immer garantiert ist. Für genauere Auskünfte wurde ACTARES ein Gespräch angeboten.

Weiterhin masslose Vergütungen

ACTARES kritisierte an der GV, dass dieses Jahr keine Abstimmung über das Vergütungssystem traktandiert war. Trotz der grossen Zahl von Nein-Stimmen im Jahr 2011 hat Novartis keine Veränderungen vorgenommen. Beides ist ein Affront gegenüber den Aktionärinnen und Aktionären.

- tinyurl.com/ccpol3d (Mitteilung vom 22.2.12)

PARAQUAT ALS ZEITBOMBE FÜR SYNGENTA?

Erstmals hat ein Gericht Monsanto, einen Mitbewerber von Syngenta, verurteilt, weil ein Unkrautvernichtungsmittel Gesundheitsschäden bei einem Bauern in Frankreich verursacht hatte. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis, analog zu diesem Fall, Syngenta wegen Gesundheitsschäden bei der Anwendung von Paraquat angeklagt wird.

Im Prozess gegen Monsanto konnte erstmals ein direkter Zusammenhang zwischen einer Erkrankung und dem Einsatz eines Herbizides nachgewiesen werden. Dieses Gerichtsurteil ist wegweisend und wird wahrscheinlich weitere Prozesse und Urteile nach sich ziehen.

Verletzung von Menschenrechten

Der Vertrieb des hochgiftigen Herbizides Paraquat kommt von vielen Seiten unter Druck. In Europa wird es kaum mehr verwendet. In den USA ist der Gebrauch eingeschränkt und strengen Regeln unterworfen. Eigentlich ist es offensichtlich, dass eine Anwendung in Entwicklungsländern nicht in Frage kommt. Kürzlich erschien eine Studie des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte ECCHR, die feststellt, dass bei der unsachgemässen Anwendung von Paraquat durch wenig gebildete Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern Menschenrechte verletzt werden. Syngenta sei dafür mitverantwortlich und verletze die Sorgfaltspflicht.

Die bekannte Abwehrhaltung

Um nicht inhaltlich auf den Bericht eingehen zu müssen, kritisiert Syngenta methodische und faktische

Fehler. Es seien externe Studien in Auftrag gegeben worden, um die Vorwürfe beurteilen zu lassen. Syngenta hofft wohl, damit wieder etwas Zeit zu gewinnen. Diese Haltung ist fatal und äusserst kurzsichtig.

Mangelhafte Faktenlage

Im Gespräch mit Syngenta konnte ACTARES unwidersprochen feststellen, dass die Datenlage über die Paraquat-Unfälle klar ungenügend ist. Die registrierten Unfälle sind nur ein Teil der Wahrheit. In Mittelamerika, zum Beispiel, rechnet man mit einer Dunkelziffer von über 90%, weil die Mehrheit der Betroffenen gar nicht zu Spitälern oder Gesundheitszentren gelangen.

Die Zeit läuft ab

Wider jede Logik beharrt Syngenta auf diesem veralteten Produkt. Nicht einmal die absehbare Gefahr von Klagen vermag etwas zu ändern. Man muss leider annehmen, dass nur drohende Schadenersatzzahlungen etwas bewirken würden.

■ www.ecchr.eu

SEITENBLICKE

SCHHEINPARTIZIPATION

von Roby Tschopp

Dank der Börsenkotierung eines Unternehmens kann das Publikum Anteile erwerben und am unternehmerischen Risiko teilhaben. Dividenden und Aktienkursgewinne können sehr profitabel sein, aber auch ein Totalverlust ist möglich. Bei Schwierigkeiten oder Konkurs wird das Aktienkapital beeinträchtigt, beziehungsweise geht völlig verloren.

Deshalb sollte das Aktionariat an der Generalversammlung eines Unternehmens die wichtigsten Entscheidungen beeinflussen können.

Das Gleichgewicht zwischen Risiko und Verantwortung ist indessen gestört, wenn eine Aktionärin oder ein Aktionär oder eine Gruppe die Mehrheit der Aktien hält. Für die Kleinaktionärinnen und -aktionäre von Serono war es eine rein rhetorische Frage, ob sie der Übernahme durch Merck zustimmen oder nicht.

Bei Swisscom, Repower, Alpiq und anderen sieht es ähnlich aus. Warum nicht einfach Partizipationsscheine ausgeben und auf die Alibiübung einer GV verzichten? Dann wäre die Sache zumindest klar.

DIE ABSTIMMUNGEN 2012 AUF EINEN BLICK

Jeden Winter überarbeitet ACTARES Abstimmungsrichtlinien und Abstimmungsstrategie im Hinblick auf die aktuelle Lage. So werden Prioritäten für die Zeit der Generalversammlungen festgelegt, was, im Vergleich zum Vorjahr, das Verhältnis von Zustimmungen und Ablehnungen beeinflussen kann.

Wie bis anhin hat ACTARES auch 2012 Abstimmungsempfehlungen für die 20 grössten an der Schweizer Börse kotierten Unternehmen veröffentlicht. Zusätzlich auch für Alpiq und Repower. Insgesamt wurden den Aktionärinnen und Aktionären von den Unternehmen 251 Vorschläge unterbreitet, von denen 159, d.h. 63%, von ACTARES gutgeheissen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Zunahme dar. Die Details können auf www.actares.ch unter «Abstimmungsempfehlungen» eingesehen oder beim Sekretariat bestellt werden.

Das Klima im Vordergrund

Die Klimaerwärmung stellt langfristig eine unbestrittene Gefahr dar und ist kurzfristig von grosser Dringlichkeit. Untätig dazusitzen, ist unverantwortlich. Daher verweigert ACTARES einem Verwaltungsrat die Entlastung, wenn die Massnahmen des Unternehmens zur Verminderung des Treibhausgasausstosses ungenügend – oder ungenügend dokumentiert – sind.

Immer noch exzessive Vergütungen

Eine deutliche Mehrheit der Unternehmen legt ihren Vergütungsbericht oder -plan der Generalversammlung zur Konsultativabstimmung vor, was das Ausmass der Opposition sichtbar macht. ACTARES findet, dass eine Ablehnungsquote von über 15% sich auf die Vergütungen des Folgejahres auswirken sollte. Andernfalls müsste die Wiederwahl der Verwaltungsrats-

mitglieder in Frage gestellt werden.

Den mässigen Effekt dieser Abstimmungen zu bestimmen ist schwer. UBS wurde dieses Jahr in die Schranken gewiesen (siehe Seite 2), und im Ausland mussten einige Unternehmen zurückkriechen.

Verteilung von Reserven aus Kapitaleinlagen

Die in der Schweiz steuerfreie Auszahlung von Dividenden aus Kapitaleinlagen hat nicht nur bei ACTARES zu Grundsatzdiskussionen geführt. Nachdem ACTARES 2011 keine Stellung bezogen hatte, wurde die Praxis 2012 akzeptiert. Da die Regelung demokratisch zustande gekommen ist, kann diese Praxis den Unternehmen nicht vorgeworfen werden.

ACTARES-Abstimmungen vom 1.6.2011 bis zum 30.5.2012

	Ja	Nein	Enth.	Total
Berichterstattung, Rechnung	14	8	1	23
Vergütungen	2	16	-	18
Entlastung der Organe	5	16	-	21
Gewinnverwendung	27	-	2	29
Wiederwahlen in den Verwaltungsrat	60	29	-	89
Neuwahlen in den Verwaltungsrat	14	15	-	29
Kapitalherabsetzung	2	4	-	6
Kapitalerhöhung	3	-	-	3
Statutenänderung	7	-	-	7
Wahl der Revisionsstelle	24	-	-	24
Diverse Traktanden	1	1	-	2
Total	159	89	3	251

Bankenkritik im angelsächsischen Raum

Mehr und mehr Aktionärinnen und Aktionäre lehnen die Vergütungen der UBS-Spitze ab. Aber auch bei Banken im Ausland wächst der Widerstand. In einer konsultativen Abstimmung im Frühjahr 2012 sprachen sich 55 Prozent des Aktionariats der US-amerikanischen Citigroup dagegen aus, CEO Vikram Pandit für 2011 umgerechnet 14 Mio. Franken zuzubilligen.

In Grossbritannien lehnten 27 Prozent der Aktionärinnen und Aktionäre von Barclays den Vergütungs-

bericht ab, 5 Prozent enthielten sich der Stimme. Das britische Votum ist bindend, und der Präsident musste sich dafür entschuldigen, dass CEO Bob Diamond 26 Mio. Franken bezahlt worden waren. Beide Banken teilten mit, die Abstimmungsergebnisse ernst zu nehmen, waren aber anscheinend nicht bereit, dem Beispiel der KeyCorp zu folgen. Im Jahr 2010 hatte diese Sparkasse an der US-Ostküste das Gehalt ihres CEO um eine halbe Million Dollar gekürzt, weil das Aktionariat Kritik angemeldet hatte.

INTERVIEW

JEAN LAVILLE

Jean Laville, Experte in den Bereichen verantwortungsbewusstes Investment und soziale Verantwortung von Unternehmen, ist Vizepräsident von «Sustainable Finance Geneva» (SFG), einer Organisation, die sich seit 2008 in Genfer Finanzkreisen für die Förderung von Nachhaltigkeitsstrategien engagiert. Als der Nachhaltigkeit verpflichteter Vermögensverwalter bei der Stiftung Ethos und der Bank Pictet hat er verschiedene Studien über die soziale Verantwortung von Unternehmen durchgeführt.

ACTARES: *Muss die Finanzwelt auch im Jahr 2012 noch punkto Nachhaltigkeit sensibilisiert werden? Die meisten Grossunternehmen veröffentlichten doch schon ausgezeichnete Sozial- und Umweltberichte.*



Jean Laville, Vizepräsident von SFG

Jean Laville: Fortschritte sind festzustellen, aber die Kommunikation über die ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales und Governance) hängt weiterhin vom guten Willen der Unternehmen ab. Aussagekräftige Vergleichsanalysen werden dadurch nicht gerade vereinfacht. Nur ein knappes Drittel der 100 grössten börsenkotierten Schweizer Unternehmen berichtet

strukturiert über die CO₂-Emissionen, wie die jährliche Umfrage des «Carbon Disclosure Project» belegt. Und nur 29 Unternehmen verwenden die ESG-Kriterien der «Global Reporting Initiative».

Neben sozial verantwortungsvollen Anlagestrategien und aktivem Aktionariat, wie z.B. ACTARES, ist immer häufiger auch vom «Impact Investing» die Rede. Stärkt oder verzettelt dies die bisherigen Bemühungen?

Mit dem Impact Investing zeichnet sich eine interessante Entwicklung ab. Sein Ziel ist es, Aktivitäten zu finanzieren, die über Produkte und Dienstleistungen Werte für die Bevölkerung an der Basis der Pyramide schaffen. Die verwendeten Methoden haben positive Auswirkungen auf herkömmliche verantwortungsvolle Geldanlagen. Das ist ein gutes Beispiel für die Vitalität und Dynamik dieses Sektors.

SFG führt Philanthropie als eine Facette der Nachhaltigkeit auf. Ist es nicht etwas heuchlerisch,

wenn man unter Schädigung von Mensch und Umwelt Gewinne scheidet, nur um danach – nach Belieben – einen Bruchteil dieser Profite als Entschädigung zurückzugeben?

SFG berücksichtigt die Philanthropie in ihren Aktivitäten, weil sie über Direktfinanzierungen einen ökologisch und sozial positiven und nachhaltigen Einfluss anstrebt. In diesem Sinne gehört die Philanthropie zum verantwortungsbewussten Investment. Ein verantwortungsvoller philanthropischer Ansatz verlangt, dass die Gelder, die in die Projekte fliessen, im Einklang mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung verwaltet werden («Mission Coherent Investment»). Die rechte Hand muss wissen, was die linke tut. SFG vertritt die Ansicht, dass beispielsweise die gemeinnützigsten Stiftungen systematisch eine verantwortungsvolle Anlagepolitik verfolgen müssten.

Sind wir nach all den zahlreichen Anstrengungen, Finanzwelt und Wirtschaft nachhaltig zu gestalten, nicht immer noch weit vom Ziel entfernt? Lohnt es sich, diesen Weg weiterzuverfolgen?

Die Antwort ist einfach: Zurück können wir nicht. Nur ein verantwortungsvolles Finanzwesen im Dienste einer nachhaltigen Wirtschaft kann die Bedingungen für den Wohlstand schaffen, den wir alle anstreben. Der Erfolg ist hingegen nicht garantiert. Er verlangt ein Umdenken von Wirtschaft und Finanzen. Um diese Bewusstwerdung voranzutreiben und um die Finanzspezialisten anzuregen, sich diesbezüglich zu engagieren, hat SFG im Mai 2012 ihre «Individual Principles for the Responsible Investor» veröffentlicht: «I know, I apply, I share». Es handelt sich um eine praxisgerechte Umsetzung des Grundsatzes «global denken, lokal handeln». SFG ist eine für Alle zugängliche offene Informations- und Austauschplattform.

- www.sfgeneva.org (Sustainable Finance Geneva)
- www.globalreporting.org (Global Reporting initiative)

PROJEKT VON ECOS, ARPIP UND ACTARES

Die meisten Schweizerinnen und Schweizer sind als Mitglieder einer Pensionskasse indirekt an Aktien beteiligt. ACTARES ist seit jeher am indirekten Aktionariat interessiert und hat wiederholt dazu beigetragen, dieses Phänomen bekannt zu machen.

Nun wurde mit zwei hochkarätigen Partnern ein Projekt gestartet, um das Vorgehen der Pensionskassen im Hinblick auf Nachhaltigkeit genauer zu untersuchen, z. B. ob und wie sie ihre Stimmrechte ausüben. ARPIP (association des représentants du personnel dans les institutions de prévoyance) vereinigt die Westschweizer Vertretungen der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen.

Der zweite Partner, das renommierte Basler Beratungsunternehmen Ecos, ist seit 25 Jahren auf nachhaltige Entwicklung spezialisiert. Ecos hat zahlreiche Projekte im Portfolio, beispielsweise die jährliche Messe «Natur» in Basel und war für den Pavillon Manna an der Expo.02 in Neuenburg verantwortlich. Diese Zusammenarbeit verspricht höchste Professionalität bei der Durchführung des Projekts.

- www.ecos.ch
- www.arpip.ch

GROSSZÜGIGE UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE STADT GENÈVE

Gemeinden und Kantone in der Schweiz werden sich immer mehr der sozialen und ökologischen Bedeutung ihrer Handlungen bewusst.

Die Stadt Genève und ihre Pensionskasse haben Ethik-Chartas verabschiedet und sich zu einer Politik des sozial verantwortlichen Investierens verpflichtet. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Genève ACTARES eine einmalige Spende von 10'000 Franken überwie-

sen, als Beitrag zu „einer transparenteren und verantwortlicheren Finanzwirtschaft“.

ACTARES hat kürzlich begonnen, sich systematisch bei weiteren Gemeinden und bei den Kantonen bekannt zu machen. Dieser Prozess trägt schon erste Früchte: Neben Genève haben sich mehrere Gemeinden bereit erklärt, ACTARES zu unterstützen oder Mitglied zu werden.

LESETIPP

WIE STEUEROASEN DIE DEMOKRATIE UNTERGRABEN

Die wichtigste Dienstleistung von Steueroasen, schreibt Nicholas Shaxson in „Schatzinseln“, besteht darin, Gesetze zu umgehen: Steuergesetze, Erbschaftsgesetze, Finanzmarktregulierungen usw. Demokratische Kontrolle und Verantwortung sind dort Fremdwörter. Die Kunden dieser Dienstleistung sind nicht in erster Linie reiche Individuen und zwielichtige Diktatoren, sondern Banken und ihre Grosskunden sowie multinationale Konzerne.

Shaxson entflechtet ein weltweites Gewirr von rund 60 Offshore-Finanzplätzen. Darunter sind nicht nur exotische Inseln, sondern auch die englischen Kanalinseln, der US-Bundestaat Delaware, die City of London und, nicht zuletzt, die Schweiz.

Multinationale Firmen benutzen teilweise hunderte von Filialen in Offshore-Finanzplätzen, um den internen Geldfluss zu optimieren und überall möglichst wenig Steuern zu zahlen. Die Rechnung dafür zahlen KMU sowie Bürgerinnen und Bürger.

- Nicholas Shaxson, „Schatzinseln: Wie Steueroasen die Demokratie untergraben“, Rotpunktverlag 2011, ISBN 978-3-85869-460-7, 416 Seiten, ca. Fr. 30.–



MITGLIEDERVERSAMMLUNG VON ACTARES

Bitte reservieren Sie sich das Datum:

Do, 27. September 2012, um ca. 17 Uhr 15
(Ort noch offen, definitive Angaben in der Einladung)

Das Referat und die Diskussion nach der Mitgliederversammlung sind dem Thema «mehr Frauen an der Spitze von grossen Unternehmen» gewidmet. Dies ist ein für ACTARES sehr wichtiges Thema, das wir, wie niemand sonst, durch klare Abstimmungsweisun-

gen bekräftigen. Die üblichen Argumente der Unternehmen sind nicht zufriedenstellend. Sie sollen aktiv auf die Suche gehen und intern Frauen fördern und nicht warten, bis sich die Frauen von selbst melden. Es muss auch geprüft werden, was Frauen davon abhalten könnte ein solches Mandat anzunehmen. Möglicherweise gibt es Handlungsbedarf.

Eine detaillierte Einladung mit Traktandenliste und weiteren Unterlagen wird den Mitgliedern rechtzeitig zugestellt. Wir freuen uns, wenn Sie zahlreich an der Mitgliederversammlung teilnehmen.

PRAKTIKANTIN BEI ACTARES

Olga Khomula unterstützt während vier Wochen die ACTARES-Geschäftsstelle. Praktikantin bei ACTARES Sie arbeitet hauptsächlich an einem Projekt, das sich mit den Investitionen von Schweizer Versicherungen befasst. Ihre Nachforschungen über die Struktur und das Volumen der Investitionen sollen dazu beitragen, die Auswirkungen der Investitionen in Bezug auf Treibhausgasemissionen auszuwerten.

Olga stammt aus der Ukraine. Sie verfügt über gute Kenntnisse in mehreren Sprachen, die sie in ihrem

Studium und ihren Praktika in den USA, in Kanada, Frankreich und Russland vertieft hat. Derzeit studiert Olga Wirtschaftswissenschaften und internationales Recht an der Université de Savoie in Chambéry (F). Ihr Ziel ist es, sich für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen, die verantwortungsvolle Investitionen umfasst. ACTARES stellt für sie einen Raum des Austausches, des Dialogs und wirtschaftlicher Überlegungen dar, der für ihre Weiterbildung wichtig ist.

IMPRESSUM

ACTARES-Info 25

Auflage deutsch 1200 Exemplare / französisch 900 Exemplare

Redaktion und Übersetzung: Richard Bisig, Sophie de Rivaz, Antoinette Hauri, Catherine Herold, Olga Khomula, Ruedi Jörg, Rudolf Meyer, Jean-François Rochat, Roger Saïd, Sybille Schlegel-Bulloch, Annemieke Stössel, Roby Tschopp
Bilder: R. Meyer, J.-F. Rochat, R. Tschopp, Peace Brigades International

Layout und Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6004 Luzern

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Cyclus Offset

ACTARES wird unterstützt durch die Stadt Genf, Finanz- und Wohndepartement

Dieses Mitteilungsblatt wird verschickt an ACTARES-Mitglieder und weitere interessierte Personen

ADRESSEN

ACTARES

CP, CH-3000 Berne 23

Tél. 031 371 92 14

Fax 031 371 92 15

CP 171, CH-1211 Genève 20

Tél. 022 733 35 60

Fax 022 733 35 80

E-Mail: info@ACTARES.ch

www.actares.ch

CCP: 17-443480-3